

Zahlungsmoral lässt zu wünschen übrig

Unternehmen in Deutschland sind besonders häufig von schlechter Zahlungsmoral betroffen. So lautet ein zentrales Ergebnis des aktuellen „Zahlungsmoralbarometers Westeuropa 2016“ vom weltweit zweitgrößten Kreditversicherer Atradius, der das Zahlungsverhalten der in- und ausländischen B2B-Kunden von rund 3.000 Unternehmen in 13 Ländern untersucht hat.

Demnach sind 93 Prozent der befragten deutschen Unternehmen im vergangenen Jahr zu spät bezahlt worden. Nur in Italien sieht es mit 94 Prozent noch schlechter aus. Häufigster Grund für die Zahlungsverzögerungen waren Liquiditätsprobleme des Kunden. 0,8 Prozent der Forderungen waren 2015 sogar uneinbringlich und mussten von den betroffenen Unternehmen abgeschrieben werden.

Für die kommenden zwölf Monate rechnen die meisten befragten deutschen Unternehmen (63,8 Prozent) nicht mit einer Verbesserung der Forderungslaufzeit. Knapp ein Viertel rechnet sogar mit einem Anstieg (25,8 Prozent).

Dass ein Zahlungsverzug nicht nur Auswirkungen auf die eigene Liquidität der betroffenen Unternehmen hat, sondern sich auf die gesamte Wertschöpfungskette auswirkt, ist bekannt. So bezahlte auch jedes vierte untersuchte Unternehmen seine Geschäftspartner in der Folge ebenfalls zu spät. Als Maßnahme gegen eigene Liquiditätsengpässe gaben 40 Prozent der deutschen Umfrageteilnehmer an, die Kreditwürdigkeit ihrer Kunden und die Geschäftsbilanzen intensiver prüfen zu wollen. Vielen Unternehmen könnte zusätzlich helfen, ihr Forderungs-Management regelmäßig zu überprüfen und anzupassen.

Vera Treitschke

↓ Mehr dazu bei R. H. Müller in seinem Buch „Erfolgreiches Forderungsmanagement“ auf www.springerprofessional.de/link/4272368

Geldwäsche ist auch im Nicht-Finanzsektor weit verbreitet

Der deutsche Finanzsektor und Unternehmen aus dem Nicht-Finanzsektor sollen pro Jahr gemeinsam mehr als 50 Milliarden Euro Schwarzgeld waschen. Das Gesamtvolumen bewegt sich „wahrscheinlich in der Größenordnung in Höhe von über 100 Milliarden Euro jährlich“, heißt es im Monatsbericht des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) von April 2016.

Die Zahlen ermittelte eine im Auftrag des BMFs von Kai-Detlef Bussmann, Professor für Strafrecht und Kriminologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, durchgeführte Untersuchung zum Umfang der Geldwäsche im Nicht-Finanzsektor in Deutschland. Zu diesem Thema lagen bislang kaum belastbare Daten vor.

Der Rechtswissenschaftler nahm für seine Studie Hochrechnungen vor, um sowohl die Anzahl der Verdachtsfälle als auch deren finanzielle Größenordnung im Nicht-Finanzsektor zu schätzen. Er stellte dabei eine erhebliche Diskrepanz zwischen den etwa 250 Verdachtsanzeigen pro Jahr und den geschätzten etwa 15.000 bis 28.000 Verdachtsfällen fest.

Um Deutschland weniger attraktiv für Geldwäscher zu machen, empfiehlt Bussmann unter anderem, Bargeldzahlungen zu begrenzen. Entsprechende Regelungen in anderen EU-Mitgliedstaaten hätten zu einer Verlagerung von Geldwäsche nach Deutschland geführt. Eine Diskussion hierüber hatte die Bundesregierung bereits Anfang Februar dieses Jahres angestoßen. Zudem rät er, als eine unternehmensinterne Maßnahme einen Geldwäschebeauftragten einzuführen. Diese Maßnahme habe sich schon im Finanzsektor als sehr effizient erwiesen. Insgesamt kommt er zu dem Schluss, dass „der Geldwäscheprevention in der gesamten den Bundesländern unterliegenden Aufsicht des Nicht-Finanzsektors in Deutschland ein sehr viel größerer Stellenwert eingeräumt werden muss als bisher“. Hierauf sollten sich gerade mittlere und große Unternehmen in Deutschland schon einmal einstellen.

Vera Treitschke